

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Fixe Idee: "Bildungsgesellschaft"

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1971) : Fixe Idee: "Bildungsgesellschaft",
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 6, pp. 284-285

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134267>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Fixe Idee: „Bildungsgesellschaft“

„Es gibt noch eine schwache Seite unserer Planung: Es ist uns zur Zeit noch nicht möglich, unser Bildungswesen planerisch in die Gesamtheit der gesellschaftspolitischen Bereiche einzubetten, d. h. konkret den Bildungsbereich zu sehen im Verhältnis zur sozialen Sicherheit, zur Umwelt, zum Gesundheitswesen, zum Verkehr, um nur einige ebenso wichtige Bereiche zu nennen. Mit dieser Verflechtung beginnt man sich gerade erst eben zu beschäftigen.“ (Bundesminister Leussink)

Diese Erklärung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft auf dem Kongreß „Bildung und Wissenschaft“ der GEW in Kiel kommt einer Bankrotterklärung gegenüber der bisher in der Bildungsplanung geleisteten Arbeit gleich; denn sie läuft darauf hinaus, daß man noch ganz am Anfang aller Planung steht, daß die bisher geleistete Arbeit also „für die Katz“ gewesen ist. Dies mag dem Minister als Mut zur Realität attestiert werden, ebenso wie sein wiederholter Hinweis, daß wir mit unseren Reformen ohne Steuererhöhung nicht weiterkämen und daß vor allem Bildungsreformen für die Bundesbürger wichtiger seien als deren privater Lebensstandard. Aber es ist immer noch nicht der ganze Mut, der notwendig ist. Selbst wenn die gesamte jährliche Wachstumsquote künftig für öffentliche Investitionen verwendet würde, bliebe das Prioritäts- und Effizienzproblem bestehen. Denn die öffentlichen Mittel werden auch dann nicht ausreichen, um die Bedarfe aller gesellschaftlichen Bereiche mit ausreichenden öffentlichen Investitionen versehen zu können. Auch dann wird genau kalkuliert werden müssen; auch dann kann man sich keine Experimente leisten, deren Nutzeffekt nicht genau überprüft worden ist.

Das Rationalitätsproblem ist nämlich keine fixe Idee der Ökonomen, sondern bedeutet schlicht, daß gerade, wenn Menschen und Mittel knapp werden, man nicht der Bildungsreform im Sinne einer vorläufig unrealistischen Bildungsgesellschaft Priorität vor allen anderen Reformen einräumen kann, sollen wir nicht alle durch einen mangelnden Umweltschutz und durch ein unzureichendes Gesundheitswesen in unserer Existenz gefährdet werden. Kaum jemand ist so wenig bereit, zur Kenntnis zu nehmen, was im Bereich des in absehbarer Zeit Möglichen liegt, wie unsere progressivistischen Fans einer Bildungsgesellschaft.

Die Idee der Bildungsgesellschaft, die immer noch in wachsendem Maße in den Köpfen der Bildungsplaner und anderer „Progressivisten“ herumgeistert, verheißt jedem das Recht auf beliebige Bildung. Um dem zu entsprechen, sind in den letzten Jahren viele Ausbaupläne – nicht nur die der Assistentenkonferenz – nicht vom gesellschaftlichen Bedarf an Akademikern, sondern von der individuellen Nachfrage der voraussichtlich Bildungsbeflissenen nach Hochschulplätzen ausgegangen. Das heißt, sie gingen im wesentlichen von der künftigen Entwicklung der schon seit einigen Jahren forcierten Abiturientenzahl, von den Übergangsquoten zu den Hochschulen, von einer vermuteten Studiendauer und von einer künftigen Zahl ausländischer Studenten aus. Dabei kam man für die Zeit von 1968–1980 etwa auf eine Verdoppelung der Studienplätze.

Würde dies verwirklicht und würde die damit geschaffene Ausbildungskapazität voll ausgenutzt, so hätten im Jahr 2000 etwa 5,7 Mill., das sind ca. 20% der Erwerbstätigen, eine akademische Ausbildung. 20 Jahre später würde sich dieser

Anteil auf ein Drittel erhöht haben. Hinter einer solchen Akademikerproduktion müßte nach bisher vorliegenden Berechnungen die Nachfrage nach beliebig ausgebildeten Akademikern erheblich zurückbleiben.

Natürlich ließe sich vor allem im Sektor „Wissenschaft und Bildung“ der jeweils erforderliche Bedarf an Akademikern „künstlich“ schaffen; und darauf zielen auch wohl die Absichten vieler unserer Bildungsplaner hin. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß ein solcher ohne Rücksicht auf die Gesamtlage geschaffener Akademikerbedarf nicht nur Steuergeider kostet, sondern auch Arbeitskräfte in Anspruch nimmt, die bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage in anderen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft gar nicht entbehrt werden können.

Wer etwa auf die Idee käme, die entstehende Lücke an Arbeitskräften ebenfalls wieder mit Gastarbeitern schließen zu wollen, dem müßte man zweierlei entgegenhalten: Erstens würde dafür wahrscheinlich keine qualitativ und quantitativ ausreichende Reserve in den nächsten 20 bis 30 Jahren zur Verfügung stehen, und zweitens müßte gerade dies, wenn es möglich wäre, zu einer neuen Zwei-Klassen-Gesellschaft führen. Der Gruppe nicht ausgelasteter und dementsprechend überbezahlter deutscher Akademiker stünde eine Schicht meist subalternen Arbeitskräfte gegenüber, von denen ein wachsender Anteil ausländischer Herkunft wäre.

Wir werden in Zukunft für Wirtschaft und Gesellschaft sehr viel besser vorgebildete Fach- und Führungskräfte brauchen als bisher. Das kann niemand bestreiten. Aber gerade diese Forderung berücksichtigen die bisher allzusehr ins Egalitäre und quantitativ Globale gehenden Bildungsplanungen nicht; und auch die Demokratisierung der Hochschulen in der bisherigen Form verstärkt die Tendenz zum Unrationalen. Denn ähnlich wie die Idee der Bildungsgesellschaft erweist sich auch die studentische Mitbestimmung an den Hochschulen als recht kostspielig. Sie steht nämlich einer rationalisierenden Studienreform im Wege, wenn man sie wie bisher den Hochschulen selbst überläßt.

Das wissenschaftliche Legitimationsbedürfnis der Studentenvertreter sorgt nämlich dafür, daß diese kein betontes Interesse an einer Studienreform haben, die eine dem späteren Beruf gemäßere Ausbildung anstrebt, sondern daß sie eine theoretisch-wissenschaftliche Ausbildung durchzusetzen suchen, die es zu rechtfertigen scheint, daß die Studenten wissenschaftlich mitzureden haben. Und selbst wo Professoren und Dozenten nicht gerade entzückt darüber sind, daß Studenten Inhalt und Methode von Forschung und Lehre mitbestimmen wollen, sind sie doch meist ganz einverstanden, mit Rücksicht auf die Wünsche der Studentenvertreter einer praxisnäheren Berufsausbildung enthoben zu sein. Aus dem gleichen Grunde wird eine Rationalisierung der Ausbildung, etwa durch Ausnutzung der langen Semesterferien, keinen Eingang in die Studienreform finden, sofern über sie die Hochschulen selbst entscheiden. Ähnliches gilt für eine Abstimmung der Studienplätze in den einzelnen Disziplinen auf den tatsächlichen Bedarf an Akademikern. Da man grundsätzlich gegen den numerus clausus ist, bekämpft man ihn auch dort, wo der begrenzte gesellschaftliche Bedarf an Fachleuten eine Beschränkung an Studienplätzen angezeigt erscheinen läßt. Gleichzeitig sind Studentenvertreter gegen eine Beschränkung der Studienzeit, aber für einen Abbau der Prüfungsleistungen, für möglichst hohe Stipendien nebst Zulagen für Verheiratete.

Zudem ist in demokratisierten Hochschulen ein enormes Anwachsen der Verwaltungs- und Planungsbürokratien, soweit sie als Hilfseinrichtung für die Hochschulselbstverwaltung dienen, zu registrieren. Die Selbstverwaltungsgremien arbeiten aber dessen ungeachtet weit schwerfälliger und mühsamer als je zuvor. Sollte die integrierte Gesamthochschule einmal Wirklichkeit werden, so wird auch sie diese Verhältnisse eher verschlimmern als verbessern. Sie muß nämlich zu einem noch größeren Monstrum als die bisherigen Hochschulen werden.

So verläuft unsere Bildungsreform offensichtlich in eine Richtung, die Kosten- und Effizienzprobleme völlig außer acht läßt und möglicherweise entweder ein Arbeiterproletariat oder eine neue staatlich subventionierte Privilegiertenschicht produzieren würde. Unter solchen Umständen wird der Anspruch fragwürdig, daß die Bundesbürger das notwendige Opfer bringen sollen.